

Gemeinschaftsmethode der vollständigen Übernahme des *Acquis* abzurücken. Für Mitglieder ist es nach wie vor leichter, Sonderwünsche durchzusetzen als für Bewerberländer. Die mittel- und osteuropäischen Staaten werden jedenfalls lange Übergangsfristen beanspruchen und das Wesen der Union nachhaltig beeinflussen. Auch den europäischen Kleinststaaten ist die EU – allerdings nur soweit wie nötig – mit dem Abschluss diverser, institutionell möglichst einfach gehaltener Abkommen entgegengekommen.

Teil III ermittelte in Kapitel 5 die für das Fallbeispiel Liechtenstein relevanten Integrationsregime und analysierte sie in Bezug auf ihre Mitgliedschaft, Regimekomponenten und Verbindungsmechanismen. Durch das Überlappen von Regimen und durch Kompatibilitätskonflikte zwischen ihnen infolge von Aus- oder Beitritten sowie Veränderungen von Prinzipien und Inhalten können «Kettenreaktionen» im Sinne eines Übergreifens auf andere Regime entstehen. Das EU-Regime, das EFTA-Regime, das EWR-Regime, das schweizerisch-liechtensteinische Zollvertragsregime und das bilaterale Regime EU-Schweiz zeichnen sich durch einen hohen Verflechtungsgrad und ein von der EU dominiertes Spillover-Potential aus. Für Liechtenstein ist die Europäische Union wirtschaftlich von herausragender Bedeutung, gefolgt von der Regionalunion mit der Schweiz. Die EFTA hingegen bietet die Plattform für die EWR-Teilnahme und somit für die derzeit bestehenden Rechtsbeziehungen des Fürstentums zur EU.

Bewertungsversuch

Die Arbeit mit Zukunftsszenarien ist, wie eingangs erwähnt, spekulativ und mit Unsicherheit behaftet. Die Vielzahl an Akteuren, die hohe Veränderungsdynamik und die verknüpften Regime erschweren verlässliche Aussagen im europäischen Integrationsprozess. Vor dem Hintergrund des integrationspolitischen Umfeldes diskutierte Kapitel 6 diverse Optionen aus liechtensteinischer Sicht. Folgende Feststellungen sind ihrer (tentativen) Bewertung vorzuschicken.

Erstens, die EWR-Teilnahme Liechtensteins hat sich hinsichtlich der künftigen Optionen seiner Integrationspolitik als gute Ausgangslage erwiesen und zusätzliche Möglichkeiten eröffnet. Zweitens, angesichts der anhaltenden politischen Veränderungen in Europa ist die Integrationsfrage trotz EWR-Mitgliedschaft noch immer von grösster Bedeu-